



## Der Frieden wird auf dem Schlachtfeld errungen werden

**Auf dem SPIEF 2026 ignorierte Putin die ukrainischen Provokationen, um Russlands Wohlstand zu feiern, bevor er unverblümt erklärte, dass der Frieden auf dem Schlachtfeld und nicht am Verhandlungstisch errungen werde.**

*Scott Ritter*

Do. 25 Jun 2026    7 Leseminuten

In westlichen Kreisen wurde viel über die Notwendigkeit und die Aussichten einer diplomatischen Lösung des Konflikts in der Ukraine diskutiert. Ein Großteil dieser Diskussion dreht sich um die Notwendigkeit, Russland und die Ukraine an einen Tisch zu bringen, damit sinnvolle Verhandlungen stattfinden können. Tatsächlich konzentriert sich ein Großteil der westlichen Herangehensweise an den Konflikt auf die Notwendigkeit, dass die Ukraine den Konflikt so eskalieren lässt, dass

Russland mit der Unvermeidbarkeit eines militärischen Patts konfrontiert wird und somit die Notwendigkeit einer Verhandlungslösung deutlich wird. Der Auftritt des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg (SPIEF) schien jedoch jeder derartigen Möglichkeit einen Dämpfer zu versetzen. Russland ist laut Präsident Putin bereit und willens, eine Verhandlungslösung für den Konflikt mit der Ukraine zu finden, jedoch nur zu für Russland akzeptablen Bedingungen. Somit gibt es kurzfristig keine Aussichten auf Frieden, und die Bedingungen für eine Beendigung des Konflikts werden auf dem Schlachtfeld festgelegt und nicht am Verhandlungstisch.

In den Wochen vor dem SPIEF 2026 war sowohl in westlichen als auch in russischen Intellektuellenkreisen viel über einen Stimmungswandel in der russischen Bevölkerung hinsichtlich des anhaltenden Konflikts zwischen der Ukraine und Russland gesprochen worden, der mittlerweile in sein fünftes Jahr ging. Eines der im Westen populären Themen basierte auf der Vorstellung, dass Russland durch einen Konflikt, für den es kein Licht am Ende des Tunnels zu geben schien, körperlich und geistig erschöpft sei. Langsame Fortschritte an den Frontlinien in der Ukraine, oft verbunden mit erheblichen menschlichen Opfern, sowie eine Zunahme ukrainischer Drohnenangriffe aus großer Entfernung auf strategische Infrastruktur im russischen Hinterland hatten dieser Darstellung zufolge einen spürbaren Einfluss auf eine Bevölkerung, bei der die zuvor unhinterfragte Unterstützung für den russischen Präsidenten allmählich nachließ.

In Russland fanden ähnliche Ansichten in konservativen Kreisen Widerhall (eine handlungsfähige liberale Elite gibt es in Russland nicht mehr), deren Unterstützung für den Konflikt unerschütterlich blieb, denen jedoch das Tempo und die Vorgehensweise des Konflikts nicht die nötige Dringlichkeit und Zielstrebigkeit vermittelten, um nicht nur die Ukraine, sondern auch einen hypothetischen „kollektiven Westen“ (Europa, die NATO und die Vereinigten Staaten) entscheidend zu besiegen, dessen materielle und finanzielle Unterstützung für die Ukraine als entscheidender Faktor für die Fähigkeit der Ukraine angesehen wurde, weiterzukämpfen.

## **Der Karaganov-Effekt**

Eine der populärsten Positionen innerhalb des konservativen, kriegsbefürwortenden Lagers in Russland vertrat der renommierte Politikwissenschaftler Sergej Karaganov, ein enger Vertrauter von Präsident Putin, der eine zentrale Rolle bei der Ausarbeitung der neuen russischen Nukleardoktrin spielte, die im Herbst 2024 veröffentlicht wurde. Karaganov machte Europa allein

für die Fortsetzung des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine verantwortlich und sprach sich offen für eine Politik präventiver Militärschläge gegen europäische Ziele der Rüstungsindustrie aus, die an der Versorgung der Ukraine beteiligt sind; sollten solche Angriffe Europa nicht dazu zwingen, seine Unterstützung für die Ukraine einzustellen, sollten Anschläge auf die Entscheidungszentren Europas mit konventionellen und nuklearen Schlägen folgen. Karaganovs Ansichten, die vom ehemaligen russischen Präsidenten Dmitri Medwedew geteilt werden, beruhen auf der Annahme, dass die Vereinigten Staaten Europa nicht zu Hilfe kommen würden, selbst wenn Russland Atomwaffen einsetzen sollte, da – um Karaganovs wegweisenden Artikel aus dem Jahr 2023 zu paraphrasieren, in dem dieses Argument erstmals vorgebracht wurde – kein US-Präsident bereit wäre, Boston gegen Posen einzutauschen.

Karaganovs Bedenken entstanden nicht in einem geopolitischen Vakuum, sondern waren vielmehr eine Reaktion auf die schwierigen Bedingungen an den Frontlinien in der Ukraine und die in Europa zunehmende Überzeugung, dass ein Krieg mit Russland unvermeidlich sei. Die kürzlich veröffentlichte deutsche Militärdoktrin basierte auf der Annahme, dass Deutschland und Russland bis 2029 im Krieg stehen werden. In Erklärungen hochrangiger britischer Militärs und ziviler Führungskräfte ist von der Notwendigkeit die Rede, auf einen Konflikt mit Russland bis 2030 vorbereitet zu sein, und der NATO-Generalsekretär Mark Rutte hat offen auf die Unvermeidbarkeit eines Konflikts zwischen Europa und Russland angespielt, der das Ausmaß an Schrecken und Intensität des Zweiten Weltkriegs erreichen würde.

Viele im Westen werten Karaganovs intellektuelle Haltung sowohl als Zeichen der Verzweiflung innerhalb Russlands – wo man nun mit dem Einsatz von Atomwaffen drohen muss, um das zu erreichen, was mit konventionellen Mitteln auf dem Schlachtfeld nicht möglich ist – als auch als Ausdruck einer wachsenden Frustration in der Führungsriege um Präsident Putin. Dies führt in bestimmten Kreisen zu weit verbreiteten Spekulationen, dass sich die „Wölfe“ um den Kreml versammeln, um den Mann abzulösen, der Russland seit mehr als einem Vierteljahrhundert führt.

## **Die russische Realität**

Bereits im Mai 2022 formulierte der ehemalige US-Verteidigungsminister Lloyd Austin die offiziellen politischen Ziele sowohl der Vereinigten Staaten als auch der NATO im Hinblick auf den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, nämlich die strategische Niederlage Russlands. Diese Politik stützte sich auf drei Säulen.

Erstens sollte Russland ein militärischer Sieg in der Ukraine verwehrt werden, stattdessen sollte die russische Armee in ein endloses, Afghanistan-ähnliches Debakel verstrickt werden, das die militärische Stärke der Nation untergraben würde. Zweitens sollte Russland durch Sanktionen wirtschaftlich in die Knie gezwungen werden, die Russlands Fähigkeit einschränken, nicht nur den Konflikt in der Ukraine, sondern auch jedes künftige militärische Abenteuer zu finanzieren. Und schließlich sollte Russland gesellschaftlich zum Zusammenbruch gebracht werden, was zu einem politischen Wandel führen sollte, bei dem Präsident Putin entmachtet und durch eine Führung ersetzt würde, die eher bereit wäre, den Forderungen des Westens nachzugeben.

Diese Politik ist bis heute in Kraft, wird von Europa aktiv und energisch vorangetrieben und von den Vereinigten Staaten eher passiv unterstützt. Das Problem für den Westen besteht darin, dass diese Politik gescheitert ist. Das russische Militär ist weit davon entfernt, besiegt zu sein, und hat entlang der gesamten Länge und Tiefe der Konfliktzone mit der Ukraine die strategische Initiative ergriffen. Während die industriellen Kapazitäten Europas und der USA zur Deckung des logistischen Bedarfs des ukrainischen Militärs nachlassen oder in einigen Fällen gänzlich versagt haben, läuft die russische Rüstungsindustrie auf Hochtouren, ohne dass Anzeichen für eine Abschwächung zu erkennen sind. Wirtschaftssanktionen haben Russland zwar geschadet, aber nicht fatal – die russische Wirtschaft wächst, ebenso wie der Lebensstandard der russischen Bevölkerung.

Damit bleibt noch die politische Lage des russischen Präsidenten. Im Vorfeld des SPIEF 2026 hatte die Ukraine eine Kampagne mit verstärkten Drohnenangriffen gestartet. Einer dieser Angriffe richtete sich gegen eine Pädagogische Hochschule in Luhansk, bei dem 21 Studierende ums Leben kamen. Ein weiterer Angriff fand am Eröffnungstag des SPIEF in Sankt Petersburg statt. All diese Angriffe zielten darauf ab, die russische Führung zu provozieren. Anstatt auf diese Provokationen einzugehen, konzentrierten sich die offiziellen Ausführungen von Präsident Putin auf der Plenarsitzung des SPIEF ausschließlich auf die russische Wirtschaft und die Notwendigkeit, ein stabiles, investitionsfreundliches Umfeld zu schaffen (in diesem Jahr wurden auf dem SPIEF neue Geschäftsabschlüsse im Wert von rund 84 Milliarden US-Dollar getätigt). Kurz gesagt: Der russische Präsident legte besonderen Wert darauf, dass Russland nicht durch Konflikte, sondern vielmehr durch seinen zukünftigen Wohlstand definiert wird.

Erst in der Frage-und-Antwort-Runde wandte sich der russische Präsident dem Konflikt mit der Ukraine zu. Präsident Putin lehnte die Forderungen derjenigen, die eine Ausweitung des Konflikts auf Europa für notwendig hielten, offen ab. In

seiner Stellungnahme zu einem unter dem Namen des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj veröffentlichten offenen Brief, in dem Friedensgespräche gefordert wurden, betonte Präsident Putin Russlands Bereitschaft zu Verhandlungen – allerdings nur zu für Russland akzeptablen Bedingungen. Und all jenen, die an der Entschlossenheit des russischen Präsidenten oder des russischen Militärs zweifelten, auf dem Schlachtfeld den Sieg zu erringen, nahm Präsident Putin diese Befürchtungen durch einen direkten Appell an die russischen Streitkräfte, der die Förmlichkeit ähnlicher Befehle aus dem Zweiten Weltkrieg mit der Kameradschaft gemeinsamer Erfahrungen verband: „Macht weiter so, Brüder.“ Für die Zuhörer im Publikum war die Wirkung dieser Worte elektrisierend und fesselnd – etwas, das Beobachter im Westen gut beachten sollten.

ARTIKEL TAGS:

Analyse Karaganow, Sergej Russland SPIEF